

# Die Frauendekade in Singapur

## Ein alternativer Länderbericht

Anlässlich der von den Vereinten Nationen 1975 deklarierten, internationalen Frauendekade wurde von der Konferenz asiatischer Frauen 1985 ein Länderbericht zu Singapur erstellt, der im folgenden schlaglichtartig vorgestellt werden soll.

Im Vordergrund der Darstellung steht das Verhältnis der Frauen zur Ein-Parteien-Regierung Singapurs. Unstrittig sind die Erfolge, die Singapureanerinnen in den letzten zehn Jahren im Arbeits- und Erziehungsbereich erringen konnten.

Doch eine Kehrtwende der Regierungspolitik aus dem Jahre 1983 bedroht die sozialen Errungenschaften der Frauen. Die Regierungspartei, die PAP, will die Frauen wieder domestizieren, was Entscheidungen im Erziehungsbereich, im sozialen Leben und in der Familienpolitik beeinflussen wird. Diese sich neu ankündigende Politik führt zur Spaltung der Frauen nach ihrer Klassenzugehörigkeit: So wird die Höhe der Kinderzahl als Beitrag zur Familienpolitik je nach sozialer Position entweder begrüßt oder verurteilt.

Das Ende der Frauendekade, in der auch in Singapur für Frieden und Gleichberechtigung der Frau gekämpft wurde, bedeutet für die Bewohnerinnen des Stadtstaates absurderweise, daß sie ihre bisherigen gesellschaftlichen Errungenschaften verteidigen müssen, anstatt auf ihnen aufbauen zu können. Die Notwendigkeit eines politischen und sozialen Bewußtseins von Frauen und einer Bewegung, die sie vereint und vertritt, drängt sich angesichts der Angriffe von Regierungsseite, geradezu auf.

Noch 1959 hatte die PAP sich zum Recht der Frauen auf gleichberechtigte Arbeit bekannt. In den siebziger Jahren, der ersten "industriellen Revolution" Singapurs, verkam dieser Anspruch zur rein ökonomistischen Parole, die - wie in den Industrieländern auch - nur das Ziel hatte, zum Wohle des nationalen Fortschritts die einzige natürliche Ressource Singapurs, die Arbeitskraft von Männern und Frauen, optimal auszunutzen.

In diesem Zusammenhang sind auch Maßnahmen zu verstehen, wie die Einrichtung von Kinderkrippen in Unternehmen mit hohem Frauenanteil. Engagiert sich die Regierung für die Unterbringungsmöglichkeit von Kindern, verbindet sie die ersehnte Pflicht von Frauen mit deren Freisetzung für den Arbeitsmarkt. Trotz der Intensität der Debatte über die Kinderversorgung wurde nie die Verantwortlichkeit

der Väter oder des Staates in die Diskussion gebracht. Eine freie Selbstentfaltung von Frauen war also nie das Thema.

Hatte Lee Kuan Yew noch 1975 auf einem Seminar des Gewerkschaftsdachverbandes NTUC betont, daß Frauen und Männer gleiche Chancen in der Bildung und im beruflichen Fortkommen haben sollten, änderte er seine Politik schon wenige Jahre später: 1979 führte er eine Quotenregelung ein, nach der nur ein Drittel der Medizinstudenten weiblich sein durften.

In den 70er Jahren bildeten Frauen den Hauptbestandteil des ungelerten Arbeitskräftepotentials, vor allem in arbeitsintensiven Industriezweigen, wie der Bekleidungs- und der Elektronikindustrie, die auch heute noch die größten Arbeitgeber für Frauen sind. Dies schlug sich zahlenmäßig deutlich nieder:



Der Anteil erwerbstätiger Frauen stieg zwischen 1975 und 1983 von 38 % auf 49 %. Doch das Berufsprofil der Frauen - und auch hier unterscheidet sich der Stadtstaat wenig von den Industrieländern - ist unausgeglichen. So sind Frauen in großem Ausmaß im kirchlichen Bereich, im Handel, im Dienstleistungssektor und im Produktionsprozeß tätig, also in den niedrig bezahlten, wenig qualifizierten Frauenberufen. In den akademischen Berufen sind sie nur bei den Lehrern in der Überzahl. Nur 5 % der leitenden Angestellten sind weiblichen Geschlechts. Je höher die Einkommensgruppe desto höher ist die Anzahl der männlichen Verdienner. Nach einem Bericht des Arbeitsministeriums ergibt sich das schiefe Einkommensprofil selbst bei Männern und Frauen gleichen Alters und gleicher beruflicher Qualifikation.

Für die Mehrzahl der mehr oder weniger ungelerten Arbeiterinnen wird die Aussicht auf ökonomische oder soziale Verbesserung immer begrenzt sein. In Zeiten wirtschaftlicher Rezession und/oder wirtschaftlicher Umstrukturierung sind sie die ersten, die aufgrund von Personalabbau oder Automation entlassen werden. Nach besser qualifizierten und gut ausgebildeten Frauen mit Berufserfahrung wird dagegen in dem 'brain-hungry' Singapur immer Bedarf sein. Nur stellen diese den weitaus geringeren Teil der Frauen dar.

Dr. Aline Wong, neues Mitglied des Parlaments, stellte schon 1980 heraus, daß die Frauenarbeit weder von Seiten des Parlaments noch von der singapureanischen Gesellschaft als gleichberechtigt betrachtet werde. Sie sei vielmehr entbehrlich, überflüssig oder Zusatzarbeit zu der des Mannes.

### DIE DOMESTIZIERUNG DER FRAUEN

Beginn der politischen Wende der PAP im Hinblick auf die Stellung der Frauen war der Nationalfeiertag im August 1983, als Lee Kuan Yew in einer Rede die große "Heiratsdebatte" einleitete (vgl. SOA-Informationen Nr. 0/84 und 2/85). Hauptinhalt dieser Rede war das Anliegen des Premiers, Akademikerinnen dazu zu gewinnen, zu heiraten und Kinder zu gebären - auch über das von der Regierung bisher propagierte 2-Kinder-Soll hinaus. Damit soll das Intelligenz-Potential für die nächste Generation von Singapureanern genutzt werden. Hatte der Premier sich 1975 noch darüber beklagt, daß die berufliche Karriere der Frauen durch die Kinderversorgung gestört werde, war er nun darüber besorgt, daß ihnen diese Karriere ihrer Pflicht als Mutter, als Hervorbringende und Behüterin im Weg stehe. Programme und Aktionen zeigten die Ernsthaftigkeit der Regierungsabsichten. Ein Jahr nach der Rede des Premier kündigte der Erziehungsminister an, daß beginnend mit dem Jahr 1985 Schülerinnen der Mittelschule von technischen Fächern befreit, stattdessen als Pflichtfach Hauswirtschaftslehre erhalten sollten. Eine Kehrtwende um 180 Grad also; denn noch 1968 sollten ausdrücklich die technischen Fächer gleichmäßig für Mädchen und Jungen zugänglich sein. 1984 hatten tatsächlich 40 % der Mädchen diese Fachrichtung belegt. Eine andere einschneidende Maßnahme im Erziehungsbereich kündigte sich schon 1983 an. Die nationale Universität Singapurs beklagte aus heiterem Himmel ein "Ungleichgewicht" zwischen männlichen und weiblichen Studenten. So wurden die Zulassungskriterien und Prüfungsanforderungen in Bereichen, in denen die männlichen Studenten bisher nicht glänzen konnten, herabgesetzt. Der Vizekanzler der Universität verstieg sich dabei gar zu der öffentlichen Aussage, daß dieses "Ungleichgewicht das Problem der unverheirateten graduieren Frauen nur verstärken würde".

Seit zwei Jahren gibt es eine Regierungsstelle, die eigens mit dem Ziel eingerichtet wurde, graduierte Frauen zur Heirat zu bewegen. Die "Social Development Unit" (SDU) organisiert Ausflüge und Kreuzfahrten für unverheiratete Akademiker. Der Erfolg ist allerdings spärlich. Nur zwei Ehen konnten geschlossen werden. - Aber die Regierung von Singapur will

ihre verausgabten 295 000 Sing. Dollar nicht ins Meer geworfen sehen. Der Schuldige ist bereits gefunden: Es sind die unkooperativen männlichen Singapureaner. So werden inzwischen im Parlament Überlegungen angestellt, männliche Graduierte aus dem Ausland zu "importieren". Ihnen würde im Falle einer entsprechenden Eheschließung die permanente Aufenthaltserlaubnis und die Staatsbürgerschaft garantiert.

Das Prioritätenschema bei der Zulassung zur Grundschule für graduierte Mütter mußte inzwischen wegen seiner Unpopularität wieder aufgehoben werden (vgl. SOA-Informationen Nr. 2/1985).

Die ideologische Wende beginnt sich auch im Alltag auszuwirken. In den Medien sind Männer "Männer" und Frauen "Mütter", bzw. "graduierte" und "nicht graduierte" Mütter. Manche öffentliche Institutionen bestehen darauf, daß verheiratete Frauen in der Belegschaft nicht länger ihren eigenen Nachnamen benutzen dürfen (bisher änderte

sich der Name der Frau bei der Eheschließung nicht), sondern den des Mannes oder beide zusammen.

Es ist in der Tat eine gewisse Ironie, daß dieselbe Regierung, die noch 1959 Frauen aus ihren feudalen Fesseln befreien wollte, nun darüber lamentiert, daß die Zeit der doppelten Maßstäbe für Männer und Frauen vergangen ist. Auch im Bereich der Frauen gilt für Lee Kuan Yew jetzt "Look East":

"Es mag Sie interessieren, daß die Japaner die Pille verboten haben und sie ist es immer noch. Wenn Geburtenkontrolle erwünscht ist, dann muß man auf die altbewährten Kondome zurückgreifen, die sie in den verschiedensten Farben haben. Es hat bei mir 15 Jahre lang gedauert das Geheimnis dieses Schrittes zu verstehen. (...) Sie haben ihre Werte beibehalten - Treue, Keuschheit; mag sein, daß es altmodische Maßstäbe sind ..., aber die Integrität der Familien ist gewahrt". (Straits Times vom 2. März 1985).

Übersetzt und zusammengestellt von Susanne Wycisk

## NACHRICHTEN

### BRITISCHE TORIES LIEBAUGELN MIT SINGAPURS GEWERKSCHAFTEN

Wenn die Tories so dürften, wie sie wollten, würden sie es der Regierung von Singapur gleichtun. Sie würden die freien Gewerkschaften abschaffen und eine leere Hülse bewahren, damit die Regierung für sich in Anspruch nehmen könne, ein freies Land zu regieren. Zu diesem Schluß kommt SIMBA, die "Singaporean and Malaysian British Association" in einem Vergleich der Gewerkschaften von Singapur und Großbritannien. Anlaß dieses Vergleichs war das Lob, das Singapurs Premier Lee Kuan Yew Margaret Thatcher anlässlich ihres Besuchs im Frühjahr dieses Jahres aussprach.

Die Regierung von Singapur - so SIMBA - gebrauche ebenso wie die Thatcher-Regierung ihre gesetzgebende Kompetenz, um die Gewerkschaftsbewegung mit dem Ziel zu schwächen, sie letztlich als wirksame, unabhängige Kraft auszurotten. Singapur habe damit allerdings schon in den sechziger Jahren begonnen und im Gewerkschaftsgesetz von 1967 z.B. Sympathiestreiks untersagt. Auch in England habe man begriffen, wie wichtig Sympathiestreiks für die Gewerkschaftsbewegung seien und diese 1980 stark eingeschränkt.

Durch das Gewerkschaftsgesetz von 1984 ist auf den britischen Inseln auch die Einrichtung eines politischen Fonds stark reglementiert worden: Sie ist nur dann legal, wenn in den letzten 10 Jahren dazu

eine Urabstimmung stattgefunden hat. In Singapur ist man weniger subtil: Gewerkschaftliche Fonds für politische Zwecke sind hier grundsätzlich verboten.

Ein weiteres Beispiel ist der Versuch der britischen Regierung, nach und nach Hausgewerkschaften einzuführen, um auf diese Weise - wie in der ehemaligen Kolonie - die Arbeiterklasse zu spalten und sie dazu zu bringen, sich mit den jeweiligen Firmen zu identifizieren.

Ebenso wie in Großbritannien waren die Gewerkschaften in Singapur einmal groß und aktiv. Noch 1962 waren 43 % der Arbeiterschaft gewerkschaftlich organisiert und erfolgreich im Kampf um die Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen gewesen.

"Es ist nützlich für uns", schließt SIMBA, "daß wir uns am Beispiel Singapur vorstellen können, was die Regierung mit uns vorhat. Noch leben wir unter leichteren politischen und ökonomischen Bedingungen. Deshalb muß es natürlicher Bestandteil gewerkschaftlicher Solidarität sein, die Forderung nach freien Gewerkschaften in Singapur zu unterstützen."

SIMBA No. 1

### GESETZ ZUR ENTZIEHUNG DER STAATSBÜRGERSCHAFT GEPLANT

In Singapur wird eine Verfassungsänderung erwogen, die es ermöglichen soll, Singapureanern die Staatsbürgerschaft zu entziehen,

- die älter als 18 Jahre sind,
- Singapur vor mehr als zehn Jahren verlassen haben,
- im Besitz eines nicht von Singapur ausgestellten Reisedokuments sind,

## blätter des iz3w

Informationszentrum dritte welt - iz3w

Schwerpunktthema:

## Nordkorea



Nr. 127 · August 1985

Zentralafrikanische Republik  
DDT-Lüge  
Traditionelle Landwirtschaft in Peru  
Rede von J. Nyerere  
Gespräche mit A. G. Frank/ I. Wallerstein

Nachrichten und Berichte zu:

Uruguay  
Peru  
Libanon  
Sri Lanka

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,-  
(DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr.  
Informationszentrum Dritte Welt,  
Postfach 5328, 7800 Freiburg

- deren zehnjährige Abwesenheit einer auf Dauer angelegten Auswanderung gleichkommt.

Ausgenommen von dieser Regelung sollen beruflich bedingte Auslandaufenthalte werden. Mit dieser Gesetzesänderung beabsichtigt die Regierung von Singapur, dem verstärkten Rückwanderungsdruck ehemaliger Singapureaner und solcher Rückwanderungswilliger, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist, zu begegnen. Erfasst werden soll ein Personenkreis, der Singapur zwischen 1950 und 1960 verlassen und inzwischen jegliche Beziehung zum Stadtstaat verloren hat.